

## Agrarpolitischer Input für Politische Radreisen: „500 Jahre Bauernkriege im Allgäu: Was forderten die Bauern damals – was fordern sie heute?“

„Ergänzende Informationen zur Situation der Bauern heute“, MI 20.08.2025 von 11 – 12.30 Uhr  
Andrea Elisabeth Eiter, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL), Kaufbeuren i. Allgäu  
(Es handelt sich um ein Script zum mündlichen Input in „einfacher Sprache“, kein ausgearbeitetes Positions- oder Analysepapier)

**1. Vorstellung:** Zurzeit freie Projektmitarbeit zum Umbau der Tierhaltung bei der Bundes-AbL, außerdem Koordinierung des AbL-Arbeitskreis Bauernkriegsgedenkjahr, zuvor viele Jahre Geschäftsführerin der AbL-Bayern, seit 30 Jahren AbL-Mitglied. Dipl.-Ing. Landschaftsplanung und Ländliche Hauswirtschafterin.

**Wer ist die AbL und wofür steht sie?** Vorläufer war der Arbeitskreis Junger Landwirte, der sich 1973 hier in Württemberg gegründet hat, seit 1983 gibt es sie unter dem Namen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft mit Herausgabe der monatlichen Vereinszeitung „Unabhängige Bauernstimme“. Sie ist der älteste Verband als Alternative zum Deutschen Bauernverband, den es seit 1948 gibt, hervorgegangen aus dem „Reichsnährstand“ im Dritten Reich.

**Ziel des Vereins laut Satzung ist es, die Existenzgrundlagen der bäuerlichen Landwirtschaft, der Schäferei, der Imkerei, der Gärtnerei, zu erhalten und zu verbessern.**

Die AbL setzt sich für eine zukunftstaugliche, sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaft ein. Wir vertreten konventionell und ökologisch wirtschaftende Höfe, die den Weg in eine industrielle Landwirtschaft nicht mitgehen wollen. So lauten unsere Leitmotive „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ und „Jeder Hof zählt“. Teile der Bauernschaft sehen uns allerdings als „Nestbeschmutzer“, weil wir Fehlentwicklungen deutlich kritisieren, manchmal auch im Schulterchluss mit Umwelt- und Tierschutzverbänden, z.B. bei den jährlichen „Wir-haben-satt-Demos“ zur Grünen Woche in Berlin. Im Gegensatz zu den später gegründeten Agrarverbänden gibt es bei uns auch viele Mitglieder, die sich als Nichtlandwirte für den Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft einsetzen.

## 2. Drei Schlaglichter zur aktuellen agrarpolitischen Situation

Der Koalitionsvertrag und die bisherigen Amtshandlungen des neuen CSU-Agrarministers zeigen klar die Richtung eines Politikwechsels an, auch als Rollback kritisiert. Wettbewerbsfähigkeit, Ernährungssicherheit, Agrarexportsteigerung und Bürokratieabbau stehen ganz oben auf der Agenda, Umwelt, Klima- und Tierschutzthemen sind vage formuliert.

Unser neuer Landwirtschaftsminister Alois Rainer aus Niederbayern wurde ja vorgestellt als der „Schwarze Metzger“, der auf den grünen Vegetarier folge. Der Metzger hat aber in Zwischenzeit seine Metzgerei aufgegeben, foodwatch vermutet einen Zusammenhang mit Lebensmittelkontrollen und klagt jetzt auf Einsicht in die Kontrollberichte. Man darf gespannt sein.

A) **Ab 1. August sollte die gesetzliche Tierhaltungskennzeichnung** nach 5 Haltungsstufen verpflichtend in Kraft treten. Nun wird sie auf den **1. März 2026** verschoben und das Gesetz grundsätzlich reformiert. Unklar ist auch weiterhin die wichtige Frage der Finanzierung der Investionskosten für den Umbau und die Förderung der laufenden Mehrkosten für mehr Tierwohl. Bisher wurden auch nur die Kriterien für Mastschweine festgelegt, nicht für die anderen Tierarten – dafür hat die Politik letztlich 14 Jahre gebraucht. Der Handel ist da schneller: Die Initiative Tierwohl feiert dieses Jahr ihr 10-jähriges Bestehen und hat zusammen mit den Handelskonzernen ein Kennzeichnungssystem für alle Tierarten auf den Weg und in die Regale gebracht.

B) Als weitere Maßnahme hat der Minister **die sog. Stoffstrombilanz abgeschafft**, mit der die Landwirte dokumentieren mußten, welche Futter- und Düngemittel, Stickstoff und Phosphor in den Betrieb hinein und

hinausgehen. Dies unter dem Schlagwort Bürokratieabbau. Sie war wegen der deutschen Verletzung der EU-Nitratrichtlinie zum Grundwasser- und Gewässerschutz eingeführt worden. Diese Bilanzierung könnte für verursachergerechte Düngegesetze sorgen, statt der bisherigen Zuordnung in rote und gelbe Gebiete: Wer extensiv wirtschaftet, aber die falschen Nachbarn hat und im roten Gebiet liegt, hat Pech gehabt.

Agrarwissenschaftler Friedhelm Taube von der Universität Kiel kritisiert die Abschaffung scharf: "Es wird ohne Scham gelogen, um zu verhindern, dass eine Düngepolitik greift, die das Drittel der Betriebe sanktioniert, das sich nicht an Regeln der guten fachlichen Praxis hält." An anderer Stelle merkt er an, dass die Frage, was in den Betrieb hinein und hinaus gehe in anderen Wirtschaftsbereichen als klassisches Controlling unverzichtbar sei. Aber in der Landwirtschaft nenne man das „Bürokratie“.

C) Zum dritten hat Alois Rainer **die erste bundesdeutsche Tierschutzbeauftragte Ariane Kari entlassen**. Den Posten bekommt nun seine Staatssekretärin Silvia Breher aus Cloppenburg-Vechta, dem niedersächsischen Landkreis mit einer der höchsten Viehdichten. Die Ministerin muss sich in Zukunft also quasi selber kontrollieren. Thomas Schröder, Vorsitzender des Dt. Tierschutzbundes meint dazu, dass die Unabhängigkeit der Stelle damit ad absurdum geführt werde.

**Fazit:** Alles in allem also eine Reduzierung von Standards, aber wir bezweifeln, dass das den Betrieben wirklich hilft. Wichtiger wären vor allem stabile Einkommen, die unabhängiger vom volatilen Weltmarktpreis und Exportmärkten sind. Heute liefern die Bauern einen Großteil ihrer Erzeugnisse ab und erfahren erst danach, was sie dafür bekommen, das gibt es in keinem anderen Wirtschaftszweig. Dafür bräuchte es aber Eingriffe in die Marktrahmenbedingungen, aber der freie, liberalisierte Markt gilt als „heilige Kuh“ und Eingriffe sind tabu. Verarbeiter wie etwa die Molkereien und auch die Lebensmittelkonzerne haben wenig Interesse an einer Verbesserung der Marktstellung der Erzeuger.

Wichtig wären hier Instrumente wie ein „Verbot des Einkaufs von Lebensmitteln und Agrarprodukten unterhalb der Produktionskosten (wie in Spanien, Frankreich und Italien). Auch eine „Vertragspflicht vor Lieferung“ nach § 148 der Gemeinsamen EU-Marktordnung könnte helfen, die Kostenunterdeckung zu bekämpfen und Preisverhandlungen auf Augenhöhe näher zu kommen

---

### 3. Zur Situation der Bauern heute

Euch ist sicher klar, dass es „die Bauern“ pauschal nicht gibt, sondern eine große Vielfalt an Betriebsformen und Größen. Möchte Euch dazu ein paar Zahlen zumuten, auch zum sehr dramatischen Thema des sog. Strukturwandels, also dem Höfesterben.

In Mecklenburg-Vorpommern liegt die durchschnittliche Betriebsgröße bei **290 ha**, in Bayern und Württemberg bei **38 ha**. Brandenburg hat **5.200 Betriebe**, Baden-Württemberg **37.000 Betriebe** – beide bewirtschaften aber mit 1,3 bzw 1,4 Mio ha etwa die gleich große Fläche. Bayern hat mit **82.000** noch die meisten Betriebe.

Im Jahre 2024 hatten wir rund **250.000 Betriebe**, davon gut die **Hälften im Nebenerwerb, etwa 60 % mit Viehhaltung**. Biolandbau betreiben **35.000** Höfe, also 14 %, aber nur 11 % der Fläche - weit entfernt also vom 30 %-Ziel. 250.000 Höfe klingt nach einer ordentlichen Zahl, aber im Jahr 2000 gab es noch 460.000 davon. Die DZ-Bank rechnet nach neuer Prognose damit, dass es in 2040 nur noch knapp 100.000 Höfe gibt, die sich dann zu mittelständischen Unternehmen entwickeln müssen.

Es gibt noch **27.000** Schweinehalter und knapp **50.000** Milchviehhalter. Hier ist der Rückgang der Betriebe besonders stark. Zwischen 2010 und 2020 hat sich die Zahl der Schweinehalter halbiert, bei den Milchviehhaltern waren es fast 40 % weniger. Zwar geht auch die Zahl der Tiere zurück, aber nicht in diesem Umfang (nur minus 5 %), deshalb erhöht sich der durchschnittliche Tierbestand je Betrieb deutlich. Und natürlich auch die Flächengröße – wenn einer aufgibt, stehen die anderen schon parat. Der Boden ist ein knappes Gut, Pacht- und Kaufpreise kennen nur eine Richtung: steil nach oben.

## **Warum hören die Betriebe auf?**

**Fehlende Hofnachfolger** – gesicherte Hofnachfolger\*innen haben im Durchschnitt nur 37 %, bei den größeren Betrieben ab 500 ha immerhin 73 %. Das Durchschnittsalter der deutschen Landwirte liegt bei 53 Jahren, fast 10 % sind 65 Jahre oder älter. In den nächsten Jahren werden also allein altersbedingt viele Betriebe aufgeben.

**Einkommenssituation schwankend bei hoher Arbeitsbelastung:** Die Betriebseinkommen haben sich zwar verbessert in den letzten 3 Jahren, aber auf Stundenlöhne umgerechnet liegen sie bei vielen Betriebsformen immer noch unter Vergleichslöhnen. Die junge Generation oft die immense Arbeitsbelastung, gerade beim Milchvieh mit täglich 2 x melken, nicht mehr auf sich nehmen.

**Bauernbashing und Burnout:** viele Bauern beklagen, dass sie von den Medien, Umwelt- und Tierschutzverbänden für den Großteil der Umweltprobleme verantwortlich gemacht werden. Die Berufsgruppe der Bauern steht zwar in Umfragen noch immer an 3. Stelle der wichtigen Berufe, aber subjektiv fühlen sie sich zunehmend an den „Pranger“ gestellt. Landwirte sind überdurchschnittlich von Burnout betroffen, es gibt eine hohe Suizidrate

**Bürger- Konsumentenlücke:** in Umfragen sprechen sich hohe Anteile der Befragten für mehr Tierwohl aus und wären bereit, dafür mehr zu zahlen. Aber beim konkreten Einkaufsverhalten ist das oft nicht zu erkennen.

**Bürokratie und Umweltauflagen** werden immer wieder genannt, gerade auch bei den Bauernprotesten Anfang letzten Jahres.

**Zunehmende Wetterextreme** machen es den Bauern immer schwerer, sichere Ernten einzubringen.

---

## **Forderungen der AbL zur Bundestagswahl Februar 2025: „ZUKUNFT BRAUCHT HÖFE“**

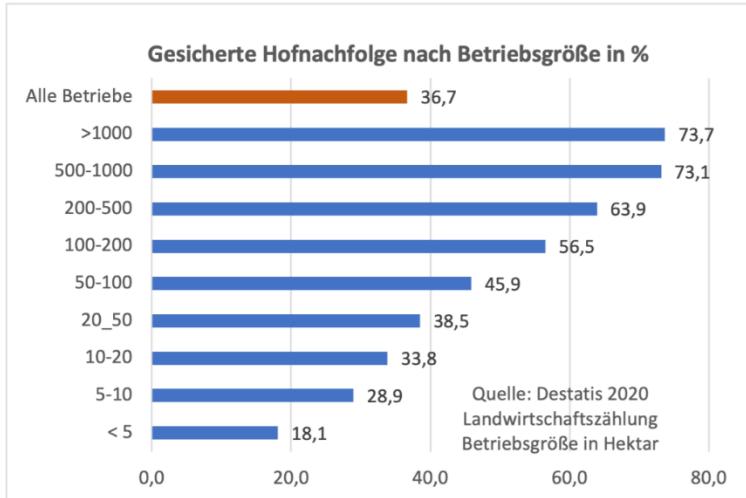
### **Wir fordern von der künftigen Bundesregierung:**

1. faire Marktrahmenbedingungen für Bäuerinnen und Bauern.
2. eine gerechtere und zukunftssichernde Gemeinsame Agrarpolitik.
3. den Umbau der Tierhaltung nach dem Borchert-Konzept für mehr Tierwohl und für viele Höfe.
4. das Sicherstellen einer gentechnikfreien Erzeugung.
5. das Recht auf freien Nachbau und Saatgutvielfalt.
6. eine verursachergerechte Düngepolitik.
7. gerechten Zugang zu Land für bäuerliche Betriebe und Existenzgründer:innen.
8. einen zeitnahen und sozial gerechten Ausbau der Erneuerbaren Energien.
9. die Ausweitung von Förderungen für die Existenzgründung.
10. die Auflösung der Zielkonflikte zwischen Wolfs- und Weidetierschutz.
11. die Umsetzung einer fairen Handelspolitik.
12. die nationale und internationale Realisierung des Rechts auf Nahrung (RaN)

[https://www.abl-ev.de/fileadmin/user\\_upload/AbL-Forderungen\\_zur\\_BTW\\_2025.pdf](https://www.abl-ev.de/fileadmin/user_upload/AbL-Forderungen_zur_BTW_2025.pdf)

<https://www.abl-ev.de/initiativen/bauernkrieg-1524-1525>

andrea.eiter@abl-ev.de



#### Strukturwandel landwirtschaftlicher Betriebe

Betriebsgröße von ... bis unter ... ha LF	2014	2024	%-Veränderung 2024 zu 2014
	Zahl der Betriebe in 1.000		
unter 5	26,3	20,7	-21,2
5 - 10	44,8	46,1	2,8
10 - 20	59,3	50,4	-15,1
20 - 50	71,4	56,8	-20,5
50 - 100	49,6	42,0	-15,3
100 - 200	23,6	25,0	6,1
200 - 500	8,1	10,0	23,6
500 - 1.000	2,2	2,5	13,6
1.000 und mehr	1,5	1,5	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>286,8</b>	<b>255,0</b>	<b>-11,1</b>

#### Entwicklung von Betrieben und Betriebsgrößen nach Bundesländern

	% - Veränderung					
	2014		2024		2024 zu 2014	
	Betriebe in 1.000	ha LF je Betrieb	Betriebe in 1.000	ha LF je Betrieb	Anzahl Betriebe	ha LF je Betrieb
Baden-Württemberg	42,3	33,6	37,1	37,6	-12,3	11,8
Bayern	93,2	33,7	82,3	37,7	-11,7	11,8
Brandenburg	5,4	243,3	5,3	245,6	-2,6	1,0
Hessen	16,9	45,4	15,2	50,6	-10,4	11,3
Mecklenburg-Vorp.	4,9	273,5	4,8	283,0	-2,9	3,5
Niedersachsen	41,1	63,9	34,2	75,4	-16,8	18,1
Nordrhein-Westfalen	34,8	42,0	33,7	44,3	-3,2	5,6
Rheinland-Pfalz	18,8	37,4	15,2	46,5	-19,0	24,4
Saarland	1,3	59,6	1,0	70,0	-21,5	17,4
Sachsen	6,2	145,8	6,4	141,0	2,4	-3,3
Sachsen-Anhalt	4,3	271,9	4,1	280,8	-4,9	3,3
Schleswig-Holstein	13,3	74,7	11,6	84,1	-12,6	12,6
Thüringen	3,5	223,1	3,6	214,0	3,1	-4,1
Stadtstaaten	1,0	24,9	0,7	34,3	-31,0	37,9
<b>Deutschland</b>	<b>287</b>	<b>58,3</b>	<b>255,0</b>	<b>65,0</b>	<b>-11,1</b>	<b>11,5</b>
dar. Ostdeutschland	24,3	226,7	24,1	226,6	-0,9	0,0
dar. Früh. Bundesgeb.	262,7	42,7	231,0	48,1	-12,1	12,7

Quelle: Statistisches Bundesamt

SB25-T33-7